

Cuba kompakt

15. Juli 2015, Ausgabe 129, Jahrgang 11, Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

THEMA

Ja zu kubanischen Rechten und zu den Menschenrechten

Yimel Díaz Malmierca

Ohne Konsens hätte die von Fidel Castro im Jahr 1959 angeführte Revolution nicht siebenundfünfzig Jahre durchhalten können. Die öffentliche Meinung wurde unter anderem durch den Erfolg der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Vorhaben gewonnen; durch die kluge Leitung ihrer historischen Anführer und, weil sich den Menschen auf individueller Ebene Räume eröffneten, sich zu verwirklichen und ein Rechtssystem schätzen zu lernen, das ebenfalls durch Konsens getragen wurde.

Es ist befremdlich, dass mit Bezug darauf eine Debatte um so verstandene „Menschenrechte“ geführt wird, einem Begriff, der immer wieder anders ausgelegt wird, je nachdem, wer ihn gerade auf dem Podium im Munde führt.

Wenn wir alle Rechte sammeln und in einer Liste zusammenfassen würden, dann könnte vermutlich kein Staat der Erde sie vollends erfüllen. Vielleicht würden sich letzten Endes die zwischen der Kultur und den Traditionen bestehenden Unterschiede unversöhnlich entgegen stehen. Will heißen, auf der Suche nach einem allgemeingültigen Gerechtigkeitsbegriff verfallen die einen oft in einen ausschließenden Eurozentrismus, die anderen in einen angelsächsischen Imperialismus. Zusammen sind dies die beiden häufigsten und sich wiederholenden Fehler in der internationalen Arena, wenn es um eine Auslotung dieses Sachverhaltes geht.

Seit Jahren kämpft Kuba dafür, dass es nicht mit Doppelmoral bewertet oder verurteilt wird. Aus den USA kann man uns nichts über politische Rechte erzählen,

werden doch dort die Ämter eher über Geldscheine als über Stimmzettel verteilt. Ebenso wenig ist es zu akzeptieren, dass die Europäische Union eine unkontrollierte Presse fordert, wenn in Spanien in den letzten fünf Jahren mehr als 500 Kommunikationsmedien den Betrieb eingestellt haben, während die Medienkonglomerate in Deutschland und Italien einen Konzentrationsprozess durchlaufen und an internationalem Einfluss gewinnen.

Es geht nicht darum, durch die Welt zu laufen und zu erzählen, was jedes Land zu tun hätte und wie seine Bürger gerne leben wollen. Es geht in allererster Linie um das Recht für alle, auch für dieses Archipel, sein eigenes, anderes, verbesserungsfähiges Projekt aufzubauen. Den Gegnern fällt es schwer, die Errungenschaften Kubas zu vertuschen, und wir können uns ihre Gesichter vorstellen, wenn Präsidenten wie der der Französischen Republik, Francois Hollande, über Kubas Erfolge spricht: „Über eine Million Kubaner verfügen über einen Hochschulabschluss, was sehr viel ist, über 10 % der Bevölkerung, und dies erklärt, warum seine Forscher in den herausragenden wissenschaftlichen Teams der Welt mit offenen Armen aufgenommen werden. Dieses Resultat ist umso mehr zu würdigen, wenn man berücksichtigt, dass das Embargo (gemeint ist die Blockade) die universitären Austauschbeziehungen beeinträchtigt hat“, sagte er in der Aula Magna der Universität zu Havanna.

Nicht zufällig nennt der Weltentwicklungsbericht des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (UNDP)

Kuba an Platz 44 von 187 Ländern. Zu großem Teil ist dies den Investitionen in Bildung und Gesundheit zu verdanken. So fallen beispielsweise in diesem Jahr 53 % des Staatshaushaltes auf diese beiden Bereiche. Zwischen 2005 und 2012 wendete Kuba 11,3 % seines Bruttoinlandsproduktes für Bildung auf, prozentual mehr als die USA, Großbritannien, Spanien, die Tschechische Republik, Japan, die Niederlande, die Schweiz, Australien, Israel und Kanada.

In den USA kam im April 2014 eine Untersuchung der Bildungsabteilung des Nationalen Instituts für Alphabetisierung zu dem Ergebnis, dass 32 Millionen Erwachsene (14 % der Gesamtbevölkerung) nicht lesen können und dass zusätzlich 21 % schlechter lesen als es ein Fünftklässler können sollte. Auch wenn es stimmt, dass in den USA die Zahl der Hochschulabsolventen steigt, doch tut sie dies vor allem aufgrund eines Anstiegs bei den reichen Familien (33 %), während sich unter den ärmeren Schichten nur 3 % mehr Ingenieure und Akademiker finden als vor 40 Jahren.

Ein anderes in Kuba heiliges Menschenrecht ist die Gesundheit, für die ein System aufgebaut wurde, welches eine allgemeine Versorgung und kostenlose Behandlung von der Erstbehandlung und der Prävention garantiert, bis hin zu kostspieligen chirurgischen Eingriffen und einem ganzen Netzwerk an Institutionen – 152 Hospitale, 451 Polikliniken, 11.550 Arztpraxen – an denen ungefähr 481.000 Menschen pro Jahr über 81 Millionen Behandlungen durchführen.

Von den Errungenschaften dieses Systems

ist häufig die Rede, und auch von der von diesem Bereich geleisteten solidarischen Hilfe, die zwischen 1963 und 2013 mehr als 500.000 Angestellte im Gesundheitsbereich in 158 Länder führte. Heute befinden sich immer noch 51.000 von ihnen in 67 Ländern. Diese Geste hat sich die Anerkennung bei den entsprechenden Partnern in aller Welt verdient.

Unterdessen nehmen die Vereinigten Staaten es sich heraus, „das einzige entwickelte Land auf der Welt“ zu sein, in dem die Lohnfortzahlung für Kranke und junge Mütter, für annähernd 43 Millionen Beschäftigte nicht garantiert ist. Es erscheint einleuchtend, dass der eigene Präsident, Barack Obama, dies öffentlich anklagt, wie zuletzt in seinem letzten Bericht zur Lage der Nation.

Obama unterstrich bei dieser Gelegenheit, dass der Kongress die Verabschiedung eines Gesetzes offen habe, das Frauen für die gleiche Arbeit das gleiche Einkommen garantiere wie Männern. Heute müssen sie sich noch mit 30 % weniger zufrieden geben. Es sei an der Zeit, Gesetze zu verfassen, die, anstelle zu einer weiteren Schwächung der Gewerkschaften zu führen, den Arbeitern in den USA eine Stimme gäben.

Wenn schon von der Verbesserung gesellschaftlicher Zustände die Rede ist, dann wäre es wohl am besten, dass jeder zuerst selbst in den Spiegel schaut, sei es in Fragen der Menschenrechte oder in anderen. Und als Dritte, wenn sie denn dazu aufgefordert sind, aus einer konstruktiven und respektvollen Haltung auf die jeweiligen Schönheitsflecken deuten. Quelle: Trabajadores

ARBEIT

Erklärung der CTC (Central de Trabajadores de Cuba – Dachverband der Gewerkschaften)

Obwohl das neue Arbeitsgesetzbuch seit Monaten in Kraft ist, sind die Arbeits- und Anstellungsbedingungen, insbesondere bei privaten selbständigen Arbeitgebern, ein wichtiges Thema für unsere Leser/innen. Das Büro zur Betreuung der Arbeitenden erreichten Anfragen, die das Entgelt und Überstunden betreffen.

So stellte Francisco Martínez aus Guantánamo die Frage, wie letztere geregelt würde. Diesbezüglich erklärte der Zuständige Crecencio Hernández Escalona, was im Artikel 120 der Arbeitsgesetzbuch festgehalten ist: Grundsätzlich ist niemand verpflichtet, außerordentliche Arbeiten (Überstunden) zu verrichten, es

sei den, dass das Gesetz dies in besonderen Fällen und zu bestimmten Zeiten zulässt. Er führt weiter aus, dass das Arbeitsgesetzbuch es aber auch nicht verbietet, Überstunden zu machen (vorausgesetzt, der Arbeitende ist damit einverstanden). Der Arbeitgeber geht jedoch das Risiko ein, sich in juristischen und disziplinarischen Verfahren verantworten müssen, wenn es zu einem schweren Unfall des Arbeitnehmers kommt, der auf Überarbeitung zurückzuführen ist.

Was wird verdient?

Auf die Vergütungen bezogen, wollte Oscar Santata aus Las Tunas Informationen

über Nacht- und Feiertagszuschläge von medizinischen Bereitschaftsdiensten. Der Artikel 111, erläutert Escalona, legt fest, dass diejenigen, die durch ihre Funktion von der Erholung an Feiertagen ausgenommen sind oder die zur Arbeit eingeteilt wurden, das doppelte dessen als Gehalt erhalten, das ihnen durch die Produktion oder die geleistete Arbeitszeit – inklusive Zuschläge – an einem normalen Arbeitstag zustünde. Der Nachzuschlag, den Oskar bezieht, sei ein solcher Zuschlag zum Gehalt, der in dem Gesetz geregelt sei, präzisiert er. Die offiziellen nationalen Gedenktage würden aber nicht doppelt vergütet, da sie keine Feiertage

seien, an denen nicht gearbeitet werde.

Befristete Stellen

Über die Gehälter bei befristeten Arbeitsverhältnissen möchte die Espirituanerin Jessica Portal Rios aufgeklärt werden. Der Experte der CTC führt aus, dass die Gehälter denen der unbefristeten Mitarbeiter gleichgestellt sind und dementsprechend die gleichen Rechte und Pflichten vertraglich geregelt werden müssen.

Für diejenigen, die den Sozialdienst absolvieren, sind die Gehälter entsprechende dem Ausbildungsniveau und der Erfahrung geregelt.

Quelle: Trabajadores

AUSSENPOLITIK**Wir haben die Liste verlassen, aber die Blockade wird fortgesetzt**

Yemel Diaz Malmierca

Fast ein Viertel Jahrhundert war notwendig, dass die Vereinigten Staaten eines der größten Unrechte in der Außenpolitik gegen Kuba korrigierte, das uns seit mehr als ein Jahrhundert trennt.

Die Insel verließ die Liste der den Terrorismus fördernden Staaten. Vielleicht war es nicht zufällig, dass das Ende der Frist mit einer der Ferienwochen der Kongressabgeordneten zusammenfiel. So umgingen sie die Polemik, die Zustimmung durch Kompromiss und sogar eine unnötige Herausstellung.

Dieses Thema und das der Bank, die die Finanzoperationen der offiziellen Mission Kubas in Washington erledigt, die Ausgangspunkt für die Botschaft sein könnte, wenn man sich endlich entschließt diese zu öffnen, wurden mit Entschiedenheit von der kubanischen Delegation in den drei Verhandlungsrunden nach dem 17. Dezember gefordert.

Am Ende willigte die Stonegate Bank ein, die Finanzinstitution zu sein, den Bankservice für die diplomatischen kubanischen Einrichtungen in der US-Hauptstadt zu übernehmen, was die Wiederaufnahme der konsularischen Dienste ermöglichte,

die ausgesetzt worden waren, nachdem die M&T Bank im November 2013 den Bankservice eingestellt hatte. Die Schwierigkeiten, einen Ersatz zu finden, liegen in verschiedenen Sanktionen, die Washington errichtet hat und die in den Gesetzen zur wirtschaftlichen, kommerziellen und Finanzblockade gegen unser Land kodifiziert sind und die weiterhin aufrecht erhalten werden.

Eine von Prensa Latina veröffentlichte jüngste Umfrage bestätigte, dass 59 % der US-Bürger gegen die Eingliederung Kubas als ein Staat sind, der den Terror fördert, während das Außenministerium der karibischen Nation sich wiederholt zum Thema geäußert hat und Zeugnisse von den terroristischen Aktionen präsentierte, infolge dessen 3.478 Personen ihr Leben verloren und 2.990 verletzt worden sind. „Was ist das für ein terroristischer Staat, der die Todesopfer hat?“ fragte kürzlich Präsident Raúl Castro Ruz in letzter Gelegenheit, „in der er vor der Presse sprach, nämlich bei der Verabschiedung des französischen Präsidenten Hollande.

Ungeachtet dessen, geben unsere Feinde keine Ruhe. Die Kongressabgeordnete

Ileana Ros-Lehtinen anerkannte, dass, als das Helms-Burton-Gesetz ausgearbeitet wurde, „wir niemals nicht die Spur daran dachten, die Liste der Staaten, die den Terrorismus fördern, zu kodifizieren, weil man nicht viel davon redete“, aber es wurde zum Gesetz erhoben, dass die Blockade nur durch ein Gesetz des Kongresses aufgehoben werden könnte“.

Ihre Erklärungen sind also nicht verwunderlich wenn sie versichert, dass man gegenwärtig ein Gesetzesprojekt ausarbeitet, das beabsichtigen wird, die Politik Obamas gegenüber Kuba zu bremsen.

Die Blockade ist nicht beendet

Die Ankündigung Washingtons, dass Kuba nicht mehr auf der Liste der Terrorismus fördernden Staaten ist, bedeutet nicht das Ende der Blockade. Das bleibt ein beliebtes Instrument, weil es ein System von untereinander zusammenhängenden und sich ergänzenden Gesetzen gibt. Darunter befindet sich der Hauptteil von jahrelangen Gesetzeswerken, wie das des Handels mit dem Feind (1917), das Gesetz über Auslandshilfe (1961) und das Gesetz der Verwaltung der Exporte (1979); Regulierungen, von welchen auf dem ersten Blick die

Politik des Wirtschaftskrieges gegen die Revolution formuliert worden ist. Sie wurden mit den Regulierungen für die Kontrolle der kubanischen Aktiva (1963) und den Regulierungen für die Verwaltung der Exporte (1979) entsprechend ergänzt

Danach kamen Gesetze, wie das Toricelli-Gesetz (1992), das Helms-Burton-Gesetz (1996) und die Reform der Handels-sanktionen sowie ihrer Erweiterungen (2000), in welchen die Verbote verschärft wurden mit der größten Antilleninsel zu handeln. Die Vereinigten Staaten enthüllten sich als ein wahrer weltweiter Zerberus, der exterritorial diejenigen, die sich gegen seine Herrschaft widersetzen, verfolgt, ausspioniert und bestraft.

Es scheint, dass es Praxis ist, etwas schwächer zu agieren, um sich dem Wunsch anzupassen, der von den Präsidenten beider Länder geäußert worden ist, auf dem langen und schweren Weg der Normalisierung der Beziehungen voranzukommen, aber die Parkkralle für die Blockade wird weiterhin vom Gesetz vorgeschrieben.

Quelle: Trabajadores

GESELLSCHAFT**Lebensqualität bedeutet soziale Integration aller
Eine wissenschaftliche Tagung für integrativere Arbeitsbereiche befasste sich unter diesem Blickwinkel mit der Ausgrenzung homosexueller Männer**

Alina M. Lotti

Sensibilisiert für ein Thema, auf das sie durch die Zufälle des Lebens gestoßen ist, untersucht die Universitätsdozentin Yamirka Robert Brady für ihre Promotion die sozialen Ausgrenzungsprozesse gegenüber männlichen Homosexuellen in der Stadt Santiago de Cuba.

Sie wurde durch das Cubanische Zentrum für Sexualerziehung (Cenesex) als Gastrednerin zu der wissenschaftlichen Tagung „Für integrativere Arbeitsbereiche“ eingeladen, die in Zusammenarbeit mit der cubanischen Gewerkschaft (CTC) veranstaltet wurde. Die Soziologin an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität von Oriente stellte in diesem Rahmen vorab einige Ergebnisse ihrer Studie vor, der sie sich von Tag zu Tag stärker verpflichtet fühlt.

„Die Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer homosexuellen Veranlagung ist eine soziale Tatsache, die eine Jahrhunderte alte Tradition hat und in verschiedensten Ländern auftritt. So auch in Cuba, und besonders in der Stadt Santiago de Cuba. „Dieses Phänomen hat viele Ausdrucksformen, die sich in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zeigen. Darauf fußt meine Untersuchung, in der dieser Prozess in der

Familie, der Schule und vor allem im beruflichen Umfeld betrachtet wird“, erläutert Yamirka.

In Cuba gibt es auf der Ebene von Organisationen oder Arbeitsstätten keine Regeln, die auf rechtlicher Basis Homosexuelle davon ausschließen, eine Arbeitsstelle zu bekommen, sich weiterzubilden und Leitungsfunktionen zu übernehmen. Dennoch gibt es verdeckte Formen und Verhaltensweisen von Homophobie, die eben dieses verhindern.

Ausgehend von dieser Realität und mit dem Ziel sie zu erforschen, hat die Dozentin 100 Menschen verschiedener Geschlechter befragt. Das Ergebnis belegt eindeutig, dass es heute immer noch Stimmen gibt, die denken, dass Homosexuelle bestimmte Positionen nicht einnehmen dürften.

„So wollen 10 % dieses Bevölkerungsanteils nicht, dass sie Lehrer sind; 16 % denken, dass sie keine Schulleiter sein dürfen; 20 % akzeptieren sie nicht als ihre direkten Vorgesetzten und 21 % sind dagegen, dass sie den ersten Führungsebenen der Wirtschaft angehören.“

In ähnlicher Weise, so die Autorin, findet die Exklusion im staatlichen Sektor statt, jedoch in geringerer Ausprägung. So würden ihnen nur 12 % der Befragten

Arbeitsplätze oder Positionen verweigern, 8 % die Führungsverantwortung bei professioneller Eignung und weitere 8 % möchten nicht, dass sie sich an beruflichen Aktivitäten beteiligen, in denen sich üblicherweise Heterosexuelle engagieren.

Auch wenn diese Zahlen nicht sehr hoch sind, ist sie der Meinung, dass dieses Phänomen der Umsetzung sozialer Interventionen, auch mit stärkerer Unterstützung durch die Akademie, bedarf, um eine soziale Inklusion zu erreichen. „Ein einziger Fall – so betonte sie – so gering er auch sei, muss in diesem Kampf eine Rolle spielen“.

Haben Sie bereits an anderen Tagungen gegen Homophobie teilgenommen?

In Santiago de Cuba mache ich dies alljährlich zusammen mit den AktivistInnen, aber in Havanna ist es das erste Mal, auch dass ich die Möglichkeit zur Vorstellung meiner eigenen Forschung zu diesem Thema habe. Ich habe immer gedacht, ich komme mehr um zu lernen, als inhaltlich beizutragen, und so ist es auch gewesen.

Jetzt weiß ich, in welche Richtung sich die Forschung entwickelt und wie diese Realität auch von den Menschen in anderen Ländern betrachtet wird; wie sie

darüber denken und welche Strategien sie entwickelt haben.

Ziel ist es, Alternativen vorzuschlagen, die zu einer Verbesserung der Lebensqualität homosexueller Menschen beitragen können. Dennoch ist es meiner Meinung nach besser, noch nichts als gesetzt zu betrachten, denn wir sind noch dabei zu forschen. Die Ergebnisse müssen sorgfältig ausgewertet werden, ehe sie verbreitet werden.

Welche Bedeutung sehen Sie darin, dass so eine Konferenz in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft durchgeführt wird?

Das scheint mir angebracht, denn die Verbindung zwischen den Institutionen kann Fortschritte in Gang setzen. Ich meine, auch die Verbindungen zu anderen Organen im Bereich von Bildung und Erziehungswesen sowie der Hochschulen müssen im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel verstärkt werden.

Wenn ich von Homosexuellen spreche, dann nicht als etwas anderem, sondern als Teil von uns. Ich bin heterosexuell und in diesem Kampf engagiert, denn als Cubanerin geht mir die soziale Gerechtigkeit über alles. Wir alle sind Cuba, so ähnlich wie es in einem Lied heißt.

Quelle: Trabajadores

Cuba kompakt erscheint monatlich jeweils am 15. des Monats – Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,

Maybachstr. 159, 50670 Köln, Tel.: 0221-2405120, Fax: 0221-6060080,

Email: cuba-kompakt@fgbrdkuba.de, info@fgbrdkuba.de, Internet: <http://www.fgbrdkuba.de>,

Redaktion: Peter Knappe, Günter Pohl, Ralf Minkenberg